

UNSERE WOCHE IM LANDTAG



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Ich melde mich etwas später als gewohnt, denn manchmal ist es besser, ein paar Tage mit dem zu warten, was man mitteilen möchte. Mit etwas Abstand zum Medienrummel der letzten Woche kann ich Ihnen beispielsweise Folgendes mit Sicherheit sagen: Hubert Aiwanger ist weder Querdenker noch Impfgegner und er fischt auch nicht einem perfiden Plan folgend am rechten Rand. Er wollte eigentlich seinen Impfstatus und die Gründe für sein Zögern – von einer Weigerung hat er nie gesprochen – sogar für sich behalten, ist aber in die Enge getrieben worden, zuerst genüsslich von seinem Ministerpräsidenten und dann noch genüsslicher von vielen Medien.

Was man sicher auch über Hubert Aiwanger sagen muss: Es mag beeindruckend sein, dass er immer und überall ohne jegliche Notizen oder Manuskripte spricht und dabei doch nie Struktur oder Faden verliert. Aber es rächt sich

immer wieder, dass er dabei zu sehr darauf vertraut, in seiner freien Rede und in Interviews den richtigen Ton und die richtigen Worte zu finden. Ausdrücke wie »Nebenwirkungen – da bleibt die Spucke weg« wecken falsche Assoziationen und Begriffe wie »Impfapartheid« polarisieren natürlich.

Inhaltlich hat Hubert Aiwanger damit aber den Nagel auf den Kopf getroffen. Denn was ist das anderes als eine die Grundrechte missachtende Trennung der Bevölkerung in »gute« Geimpfte und »böse« Ungeimpfte, wenn sowohl der bayerische als auch der bundesdeutsche Gesundheitsminister erwägen, Ungeimpften den Zutritt zu Gastronomie und kulturellen Veranstaltungen zu verwehren? Wohlgemerkt: Selbst bei einem negativen Test!

Es ist schon ein großer Unterschied, ob man die Freiheitsrechte von Geimpften nicht unnötig einschränkt (was verfassungsrechtlich auch nicht zu rechtfertigen wäre) oder Ungeimpfte, die mit Maske und negativem Test genauso wenig eine Gefahr darstellen, mit einem Ausschluss vom sozialen Leben bestraft (was mit den Grundrechten genauso wenig vereinbar ist).

Das ist keine Haarspalterei. Es geht schlicht um das Verständnis unserer Grundrechte: Ja, Freiheitsrechte können zur Eindämmung einer Pandemie eingeschränkt, aber nicht zur Erziehung von Teilen der Bevölkerung entzogen werden. Wer so etwas ernsthaft erwägt, will trotz aller Lippenbekenntnisse nicht nur eine Impfpflicht durch die Hintertür, er entfernt sich auch von unserer freiheitlichen Grundordnung.

Es bleibt dabei: Unsere Strategie fußt auf den 3G: Getestet, Geimpft, Genesen. Sie darf nicht auf das G wie Geimpft reduziert werden, nur weil die Impfbereitschaft sinkt. Wir dürfen die Menschen nicht zur Impfung zwingen oder gängeln, sondern müssen jeden einzelnen überzeugen. Auch Hubert Aiwanger.

Eine gesunde Woche und eine schöne Ferienzeit wünscht

Ihr Alexander Hold, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags

MEINE WOCHEN IM LANDTAG

Am 23. Juli hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof mit seiner Entscheidung zur sofortigen Öffnung von Schankwirtschaften ein klares Zeichen gesetzt – und unseren Kurs damit in vollem Umfang bestätigt. Wir sind überzeugt, dass mit einer verantwortungsvollen Öffnung von Bars und Kneipen viele Menschen von privaten Feiern oder ausufernden Straßenpartys abgehalten werden können. **Denn im kontrollierten Umfeld einer Schankwirtschaft setzen sich Bürger erheblich geringeren Corona-Infektionsrisiken aus als auf privaten Feiern und Festen ohne Abstände.**

Weitere Erleichterungen wie insbesondere die Nutzung von Tresen waren leider mit unserem Koalitionspartner nicht erreichbar, wir bleiben jedoch weiterhin im Gespräch. Die am 27. Juli in der Kabinettsitzung beschlossene Öffnung von Kneipen und Bars ist im Sinne der Kunden und der Gastronomie. Es wird dabei keine weiteren Erschwernisse wie beispielsweise eine vorgezogene Sperrstunde oder ein Alkoholverbot geben.

Mit welchen Themen wir uns in der vergangenen Woche noch beschäftigt haben, erfahren Sie jetzt in meinem Rückblick. Viel Spaß beim Lesen!



Florian Streibl, Vorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, mit Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern

RÜCKBLICK

ANTISEMITISMUS MIT ALLER HÄRTE BEGEGNEN

Aktuelle Herausforderungen in der Corona-Pandemie, der wachsende Antisemitismus in Deutschland sowie Maßnahmen zu seiner Bekämpfung: Über diese und weitere Themen haben sich der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und des Landesverbandes der Israeliti-

schen Kultusgemeinden in Bayern, Dr. Josef Schuster, und unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl bei einem Gespräch im Landtag ausgetauscht. Auch die von Streibl initiierte fraktionsübergreifende Resolution »Antisemitismus entschieden bekämpfen!« kam bei dem Treffen zur Sprache. Mit Blick auf die Corona-Pandemie lässt sich feststellen, dass die Krise die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmuthe versträrkt hat: Die Suche nach Schuldigen ist jeder Katastrophe eigen. **Unter Corona-Leugnern und Verschwörungstheoretikern ist der Antisemitismus das verbindende Element.** Zwar ist nicht davon auszugehen, dass mehr Menschen antisemitisch eingestellt sind als vor der Pandemie. Aber mehr Menschen trauen sich, ihre antisemitischen Überzeugungen offen kundzutun. Und durch die sozialen Netzwerke erreichen diese Äußerungen heute mehr Menschen als früher.

Gerade weil Judenfeindlichkeit immer auch ein Frühwarnsystem für gesellschaftliche Schief lagen ist, muss diese konsequent und nachhaltig bekämpft werden. Allerdings ist der Kampf gegen Antisemitismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die jeder Einzelne Verantwortung trägt. Besondere Bedeutung kommt dabei den Bildungseinrichtungen zu. **Wichtig ist in diesem Zusammenhang, das Judentum und die Geschichte der Juden in Deutschland stärker im Schulunterricht zu verankern.** Im Fach Geschichte wird jüdisches Leben meist auf den Holocaust reduziert – dabei leben Juden nachweislich seit 1700 Jahren auf deutschem Boden.

Auch in der Erwachsenenbildung muss das Judentum breiteren Raum einnehmen: In Baden-Würt-

temberg werden zum Beispiel Polizeirabbiner im Ausbildungsbereich eingesetzt, um Polizeibeamte für die Belange jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger und ihrem besonderen Schutzbedürfnis zu sensibilisieren. Das können wir uns auch für Bayern gut vorstellen. Doch auch den Glaubensgemeinschaften kommt bei der Bekämpfung des Antisemitismus eine wichtige Rolle zu. **Wenn man das zugrundeliegende, gemeinsame Wertesystem der Religionen betont und nicht ihre Unterschiede, kann der Glaube zu einem Vehikel werden, das Menschen durch Zeit und Raum miteinander verbindet.** Wichtig ist außerdem, dass sich der Staat als Souverän immer wieder klar gegen Antisemitismus positioniert – so wie wir als FREIE WÄHLER-Fraktion das erst vor kurzem getan haben: Unsere Resolution gegen Antisemitismus ist ein deutliches Bekenntnis zu jüdischem Leben im Freistaat.



RESOLUTION ZUM GAMS-MONITORING VERABSCHIEDET

Gibt es in Bayern zu viel Gamswild oder zu wenig? Darüber besteht seit Jahren Uneinigkeit im Freistaat: Während Tierschützer und Jäger den Bestand der Tiere bedroht sehen, fürchten Waldbesitzer aufgrund einer vermeintlichen Überpopulation um ihre Wälder. **Wir wollen jetzt für Klarheit sorgen und haben deswegen bei einem Arbeitstreffen in Oberammergau eine Resolution zur Durchführung eines Gams-Monitorings verabschiedet.**

Um Ruhe in die anhaltende Debatte zu bekommen, bedarf es endlich verlässlicher Zahlen. Nur eine systematische und großflächige Erfassung der Gamswildpopulation kann Aufschluss darüber geben, wie viele der geschützten Tiere es derzeit im bayerischen Alpenraum noch gibt und in welcher Verfassung sich deren Populationen befinden. Die Erhebung konkreter Zahlen ist überfällig – sonst stochern wir weiter im Trüben.

Bislang sind aufgrund der unklaren Datenlage qualifizierte und damit verbindliche Aussagen über Abschussquoten schlicht nicht möglich. Doch nur fundierte Daten über die Anzahl der bei uns lebenden Gämsen sowie deren Verbreitung können das Gamsmanagement auf tragfähige Beine stellen. Konkret wollen wir deshalb die Durchführung eines großflächig angelegten Gams-Monitorings anstoßen. **An dieser Erhebung können dann Förster, Grundstücksbesitzer, Jäger, Tierschützer sowie weitere engagierte Personen und Organisationen mitwirken.** Um den Zustand der Gamspopulationen zu erfassen, müssen in einem ersten Schritt Aufnahmegebiete definiert und Freiwillige zur Durchführung der Erhebung gefunden werden. **Aus den Ergebnissen, die regelmäßig überprüft werden müssen, lassen sich dann ortsbezogene, differenzierte Bejagungsstrategien ableiten.** Damit wäre die notwendige Faktenlage geschaffen, um den anhaltenden Konflikt zwischen Waldbesitzern und Tierschützern endlich zu befrieden und eine Diskussion auf Augenhöhe zu ermöglichen.

BARGELD BEDEUTET FREIHEIT!

Die Europäische Union will den Kampf gegen Geldwäsche verschärfen. Dazu hat die EU-Kommission ein Maßnahmenpaket vorgestellt. Unter anderem plant sie die Einführung einer Bargeldobergrenze. Unbestreit-



bar ist allerdings: Verbrecher halten sich nicht an Verbote. **Die Festlegung eines Maximalbetrags auf 10.000 Euro wird daher nicht zu einer Eindämmung einschlägiger Delikte beitragen können.** Bisherige Erfahrungen zeigen, dass Bargeldobergrenzen gegen Geldwäsche weitestgehend unwirksam sind und an der Realität vorbeigehen. **Edelmetalle, Bitcoins, digitale Münzsysteme – im Zweifelsfall werden Kriminelle andere Wege der Bezahlung suchen.** Mit einer Beschränkung der Bargeldzahlungen wird eine Eindämmung der Schattenwirtschaft deshalb nicht zu erreichen sein. Länder wie Italien, Spanien oder Griechenland, in denen solche Beschränkungen bereits bestehen, weisen zudem deutlich größere Schwierigkeiten auf als beschränkungsfreie Länder.

Die größte Problematik sehen wir jedoch in der enormen Beschneidung der Persönlichkeitsrechte von Verbrauchern und Unternehmern: Jeder, der größere Beträge in bar zahlt, würde durch die geplante Regelung unmittelbar unter Generalverdacht gestellt werden. Dabei ist mehr als fraglich, ob die Obergrenze tatsächlich zur nachhaltigen Bekämpfung von internationalem Terrorismus, Geldwäsche und Steuerhinterziehung geeignet ist. Aufgrund des massiven Eingriffs in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger ist einer Bargeldobergrenze in jedem Fall die Verhältnismäßigkeit abzusprechen.



HOCHWASSERSCHUTZ ENTLANG DER DONAU

Die Flutpolder zum Hochwasserschutz entlang der Donau kommen – und zwar so, wie von Umweltminister Thorsten Glauber vorgeschlagen. Mit dem Kabinettsbeschluss am vergangenen Dienstag reagiert der Freistaat nicht nur konsequent und umfassend auf die tragischen Sturzfluten der

vergangenen Wochen, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Menschen in Bayern. Die Flutpolder sind Bollwerke gegen Katastrophenhochwasser. Jeder Polder kann eine Lebensversicherung für die Menschen sein.

Mehr dazu erfahren Sie in dem **Facebook-Beitrag** des bayerischen Umweltministeriums!



SAT.1 BAYERN WÄHLERCHECK

Wäre nächsten Sonntag Bundestagswahl, würden **7 Prozent** der Bürgerinnen und Bürger Bayerns für die FREIEN WÄHLER stimmen. Das zeigt klar, dass wir in Bayern eine etablierte, stabile und pragmatische Kraft der Mitte sind. **Vielen Dank für Ihr Vertrauen!**

GUTEN START IN DIE SOMMERFERIEN

Endlich haben in Bayern die Sommerferien begonnen! Es war wahrlich kein einfaches Schuljahr für unsere Schülerinnen und Schüler mitsamt ihren Eltern sowie für Lehrerinnen und Lehrer unter Corona-Bedingungen. Wir sind sehr stolz auf unsere Kinder, Jugendlichen und die gesamte Schulfamilie. Alle haben das schwierige Schuljahr mit viel Durchhaltevermögen und Flexibilität gemeistert! Wir sprechen allen unseren großen Dank aus! Hoffen wir, dass es ruhige Sommerferien werden und alle wieder mit neuem Elan ins kommende Schuljahr starten können.

SOFORTHILFEN FÜR HOCHWASSERGESCHÄDIGTE IM LANDKREIS OBERALLGÄU UND DER STADT KEMPTEN

Heftige Gewitter mit Starkregen haben auch im Allgäu erhebliche Schäden angerichtet. Die Staatsregierung hat am 20. Juli 2021 großzügig Soforthilfen für Hochwassergeschädigte in besonders betroffenen Landkreisen und Städten beschlossen. Bis zu 50 Millionen Euro stehen für die Beseitigung der entstandenen Schäden bereit. Ich habe deshalb einen Antrag auf Erweiterung der Gebietskulisse für Hochwassersoforthilfen auf den Landkreis Oberallgäu und die Stadt Kempten beim zuständigen bayerischen Finanzminister Albert Füracker gestellt. Denn auch die Menschen im Oberallgäu und Kempten, die nachhaltig betroffen sind, brauchen jetzt schnelle und unbürokratische finanzielle Hilfen! Eine Aufnahme in das Soforthilfeprogramm der Bayerischen Staatsregierung halte ich für mehr als gerechtfertigt, denn bei uns liegt eine vergleichbare Schadenintensität wie in den bisher besonders betroffenen bayerischen Landkreisen und Städten vor.

Ausführlichere Informationen zum Thema gibt's [\[HIER\]](#).



HUBERT AIWANGER ZU BESUCH IM ALLGÄU

Der Donnerstag stand ganz im Zeichen unseres stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten und Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger. Ein prall gefüllter Terminkalender bei glücklicherweise trockenem Sommerwetter. Zuerst stand der Besuch meines Abgeordnetenbüros in Kempten an. Wir haben uns vor Ort zusammen mit der Europa-Abgeordneten Ulrike Müller und der schwäbischen Spitzenkandidatin



für die Bundestagswahl Annette Hauser-Felberbaum zum Thema Wasserstoffregion »HyAllgäu« ausgetauscht. Anschließend ging es weiter zum Symposium »HyAllgäu« in der Hochschule Kempten, wo Experten ihre Ergebnisse zur Machbarkeitsstudie zur Wasserstoffzukunftregion »HyAllgäu« vorgestellt haben. Wir Freie Wähler setzen uns seit Jahren hartnäckig für Wasserstoff-Antriebe ein und stehen für eine konsequente und zukunftsorientierte Wasserstoffpolitik in Bayern. Zum Abschluss war dann Höhenluft in den Bergen angesagt. Termin auf dem Söllereck zur Segnung der neuen Söllereckbahn. Seit Ende Mai ist der Neubau im täglichen Sommerbetrieb nun auch für Publikumsverkehr geöffnet und wurde jetzt feierlich mit einem kleinen Festakt gesegnet. Für unseren heimischen Tourismus ist die Förderung und Investition in moderne und ansprechende Angebote ein wichtiger Schritt in Richtung Nachhaltigkeit und Zukunft. Die Investitionen, die für den Tourismus getätigt werden, wirken sich nachhaltig auf unsere Wirtschaft aus. Wir müssen unsere heimischen Potenziale fördern und ausbauen. Bis 2022 soll das Söllereck als Ganzjahres- und Familienberg weiter ausgebaut und in seinem Profil geschärft werden. Zahlreiche Attraktionen sollen hochwertige Erlebnisse für jede Altersgruppe bieten und die Region als Urlaubsziel weiterhin wettbewerbsfähig halten.

IMPRESSUM

ALEXANDER HOLD (v.i.Sd.P.) Telefon 0831 9909 3001
Salzstraße 12 alexander.hold@fw-landtag.de
87435 Kempten www.alexander-hold.de